

Stand: 10.05.2024 09:37:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28914

"Traditionelles Oktoberfest bewahren! Nein zum unbezahlbaren Bio-Zwang und zu grüner Cancel Culture!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28914 vom 10.05.2023
2. Plenarprotokoll Nr. 145 vom 11.05.2023
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29630 des WI vom 25.05.2023
4. Beschluss des Plenums 18/29741 vom 04.07.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 149 vom 04.07.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Traditionelles Oktoberfest bewahren! Nein zum unbezahlbaren Bio-Zwang und zu grüner Cancel Culture!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur traditionellen (Ess-)Kultur der Münchner Wiesn und stellt fest, dass jeder Versuch, einen Zwang zur Bio-Kost einzuführen oder die traditionellen Lieder und Budenmalereien des Oktoberfestes zu verbieten, zurückzuweisen ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine erzwungene Neulackierung der Schaustellerbuden, insbesondere auf Kosten des Steuerzahlers, verhindert wird.

Begründung:

Das Oktoberfest ist von unersetzbarer kultureller, wirtschaftlicher und kulinarischer Bedeutung für Bayern. Jährlich beträgt der Wirtschaftswert des Oktoberfestes mehr als eine Milliarde Euro. Für Übernachtungen zahlen die Gäste zusammen rund 434 Mio. Euro. Etwa 13 000 Beschäftigte arbeiten auf der Wiesn. Auf dem Festgelände geben die Besucher rund 442 Mio. Euro aus.¹ Aufgrund von Lockdown-Politik und Grünflation besuchten 2022 nur noch, aber immerhin, 5,3 Millionen Menschen aus aller Welt die Wiesn, 10 Prozent weniger als 2019.² Es ist das bekannteste Volksfest weltweit, mit zahlreichen „Nachäffern“ von Mexiko bis China.

Bedauerlicherweise soll mit Unterstützung der Münchner Grünen im Rahmen einer elitären Agenda durchgesetzt werden, dass bis 2035 auf der Wiesn nur noch „bio-, regional- und fair-trade“-Speisen und -Getränke angeboten werden dürfen. Diese Forderung wurde bereits auf die schärfste Weise von Wiesnbetreibern zurückgewiesen: „Ich glaube niemand will wirklich eine Planwirtschaft, in der eine kleine Gruppe entscheidet, was für das Volk gut ist und was nicht. Wir leben zum Glück in einem Land, in dem jeder mündig genug ist, selbst zu entscheiden, was er will. Ganz davon abgesehen wäre dann ein Besuch auf dem Oktoberfest für die meisten unbezahlbar“, – so Dr. Thomas Gepert, Landesgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) Bayern.³

¹ IHK München und Oberbayern (2022). Oberbayerische Wirtschaft begrüßt Oktoberfest-Entscheidung. URL: [https://www.ihk-muenchen.de/de/Presse/News/News-Detailseite-\(%C3%BCberregional\) 58624.html](https://www.ihk-muenchen.de/de/Presse/News/News-Detailseite-(%C3%BCberregional) 58624.html)

² oktoberfest.de (2022). Anzahl der Besucher auf dem Oktoberfest in München von 1980 bis 2022 (in Millionen). URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165511/umfrage/anzahl-der-besucher-auf-dem-oktoberfest-seit-1980/>

³ Bild (2023). Bis 2035 – Wiesn bald unbezahlbar? Oktoberfest soll komplett Bio werden. URL: <https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/ernaehrungswende-auf-dem-oktoberfest-zoff-im-rathaus-um-die-bio-wiesn-83216024.bild.html>

Aber das ist noch nicht alles. So wollen die Grünen, allen voran Münchens zweite Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (Grüne), handgemalte Bilder an Oktoberfest-Fahrgeschäften und Wurfbudens zensieren, weil sie diese für angeblich „rassistisch“ und „sexistisch“ halten. Die Grünen fordern sogar, die Umgestaltung auf Steuerzahler-Kosten zu erzwingen. Im vergangenen Jahr forderten die Grünen auch das Verbot des Partyschlagers „Layla“.⁴ Diese freiheits- und traditionsfeindliche grüne Bilderstürmerei und Liederzensur ist abzulehnen, denn sie widerspricht nicht nur der konservativen „Liberalitas Bavariae“, sondern auch dem Prinzip der Kunstfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz. Auch der Schaustellerverband widerspricht den woken Verbotsplänen. Es gilt endlich die Kosten und den bürokratischen Aufwand für die Wiesenteilnehmer zu reduzieren: „Die meisten Malereien sind 20 bis 30 Jahre alt. Wir sollten alle mehr den Grundsatz „Leben und Leben lassen“ verinnerlichen. Wir haben so viele Probleme: Inflation, Energiekosten, Fachkräftemangel. Da sind die Malereien und der Streit dazu das Geringste.“⁵

⁴ Junge Freiheit (2023). Grüne wollen Bilder auf Oktoberfest verbieten. URL: <https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/gruene-oktoberfest/>

⁵ Bild (2023). Woke-Zoff um die Wiesn. URL: <https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/nackte-auf-dem-oktoberfest-woke-zoff-um-die-wiesn-83612198.bild.html>

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es ist 18 Uhr. Wir können die Abstimmung noch durchführen. Ich rufe die namentliche Abstimmung auf. Sie haben drei Minuten Zeit. Ich bitte um Ihre Stimmabgabe.

(Uli Henkel (AfD): Herr Reiß, Sie haben die falsche Karte in der Hand! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt haben wir aber gelacht!)

Ich gebe nun noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/28910 mit 18/28914 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen. –

Wir warten jetzt noch das Ende der Abstimmungszeit ab. Ich gebe dann noch das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Wir haben noch etwa eine Minute zur Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 18:00 bis 18:03 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit beendet. Vielen Dank. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Hände weg von unseren Kindern! Kinder und Jugendliche vor Frühsexualisierung schützen" auf Drucksache 18/28909 bekannt: Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 110. Stimmenthaltungen: 2.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18:05 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/28914

**Traditionelles Oktoberfest bewahren! Nein zum unbezahlbaren Bio-Zwang und
zu grüner Cancel Culture!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Klaus Stöttner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 78. Sitzung am 25. Mai 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: kein Votum
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Kerstin Schreyer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/28914, 18/29630

Traditionelles Oktoberfest bewahren! Nein zum unbezahlbaren Bio-Zwang und zu grüner Cancel Culture!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Jochen Kohler

Abg. Ursula Sowa

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, **Tagesordnungspunkt 10:**

**Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen (Drs. 18/28434)**

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zu debattierende Antrag fußt auf meiner Anfrage. Die Antwort darauf war einer Demokratie, die an Abgeordnetenrechten interessiert ist, unwürdig. Im weiteren Schriftverkehr mit den Ministerien war der Hinweis auf die Allgemeine Geschäftsordnung für Behörden des Freistaats Bayern formal gewiss korrekt, im Effekt aber eine grobe Missachtung meines Fragerechtes als MdL.

Unser Freistaat muss sich jährlich gegen eine Migrationswelle stemmen, die Wohnraum in der Größenordnung von Amberg verschlingt, Wohnraum für 40.000 Sozialwanderer, Wohnraum, dessen energetischer Zustand nach den Regeln des Baugesetzbuches nahezu vollkommen belanglos ist. Aber den Bürgern, die hier den Laden am Laufen halten, wird aus Berlin die Graichen-Pumpe ins Heft diktiert. Brave Bürger sollen sich für ein grünes Ideologiegespinnst verschulden, sie sollen den Urlaub eindampfen und womöglich an der Bildung ihrer Kinder sparen. Dem gilt es sich zu widersetzen.

Mittlerweile geht die Gesamtzahl der Migranten, die unter den Erleichterungen des § 246 BauGB untergebracht sind, allein in Bayern in die Hunderttausende. Die meisten dieser Erleichterungen sind auf Ende 2024 befristet. Dann sollen unzählige Unterkünfte über Nacht ganz plötzlich schärfsten Standards entsprechen? – Nein, dazu

wäre Bayern finanziell gar nicht in der Lage. Unser Handwerk hat zum Glück angenehme Aufträge.

Die in den Nebel führende Antwort der Staatsregierung ist Beleg für die aus deren Sicht wohl notwendige Verschleierung der perfiden Umstände. Was Sie mit Ihrer Politik betreiben, ist nichts anderes als aktive Inländerdiskriminierung.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Was als sogenannter Kulturrabatt durch die bayerische Justiz geistert, ist im Bauministerium das konsequente Negieren aller energetischen Standards beim Bewältigen des migrantischen Zustroms. Bester Beweis ist die massenhafte Aufstellung der als Energieschleudern verschrienen Stahlcontainer. Energieschleudern sind diese kulturfremden Containerdörfer nicht nur im Winter, sondern auch jetzt im Sommer, da sie klimatisiert werden müssen –

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der kulturfremd ist, sind Sie, Herr Böhm!)

klimatisiert mit Strom aus toxischem Fracking-Gas, das aus den Staaten zu uns genauso hergeschippert werden muss wie alte schmutzige Steinkohle aus Südamerika. Hauptsache, unsere saubere Kernkraft wurde eliminiert; danke an Markus Söder auch gerne dafür.

Einen Vorteil haben Wohncontainer aber doch: Wir können sie jederzeit aus unseren schönen bayerischen, schwäbischen und fränkischen Dörfern auch wieder abtransportieren, abbauen, um weit außerhalb auf der grünen Wiese damit Siedlungen zu errichten. Am besten aber, wir verladen all die Container gleich in Richtung Nordafrika, um dort in Algerien, Tunesien oder sonst wo Migrationszentren zu schaffen, Zentren, denen in vielen aufgeklärten europäischen Demokratien schon lange das Wort geredet wird.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Aufklärung haben Sie nichts am Hut, genauso wenig wie mit Demokratie! – Tim Pargent (GRÜNE): Ich würde mich schämen!)

Die wenigen Hundert, die dann einen wirklichen Grund für Asyl haben, die kann unser Freistaat auch aufnehmen und in energetisch maßvoll ertüchtigten Wohnungen unterbringen.

(Beifall bei der AfD)

Frauen und Töchter unserer wirklichen Mehrheitsgesellschaft werden sich über ein solches Augenmaß freuen. Setzen Sie sich schon heute dafür ein, indem Sie unserem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich muss der Freistaat seiner Aufnahmeverpflichtung nachkommen. Natürlich ist es der Staatsregierung ein großes Anliegen, die bei uns ankommenden Menschen schnell unterzubringen und dadurch Notlagen zu verhindern bzw. abzuwenden. Und natürlich geht es aufgrund des enormen Zuzugs von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in erster Linie darum, schnell UnterkunftsKapazitäten zu akquirieren.

Die Akquise von Unterkünften erfolgt, wie Sie wissen, durch die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten vor Ort und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Weitergehende rechtliche Einschränkungen, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, würden die aufgrund des angespannten Immobilienmarktes ohnehin schwierige Akquise von Unterkünften weiter erschweren und sind daher abzulehnen.

Unabhängig von der reinen Energieeffizienzklasse hat aber auch und gerade das persönliche Verhalten Auswirkungen auf den Energieverbrauch. Daher wurde ja auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Unterbringungsverwaltung gebeten, die in den Unterkünften lebenden Personen – a) – für die aktuelle Situation zu sensibilisieren und – b) – über die Möglichkeiten zu informieren, wie man durch das persönliche Verhalten Energie einsparen kann.

Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kohler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe, warum wir diesen unsäglichen Antrag ablehnen, indem ich einen Satz aus der Begründung zitiere:

Das politisch in Bund und Ländern selbstverschuldete Erfordernis, immer mehr Menschen mit vorübergehendem und auch längerfristigem Wohnraum versorgen zu müssen,

– darin schließen Sie, wie in einem Satz zuvor zu lesen ist, die 152.000 Ukrainer ein, die vor dem Krieg geflüchtet sind –

befindet sich schon prinzipiell im Widerspruch zu den Klimazielen, da jeder zusätzliche Bewohner auch zusätzliche Energie verbraucht.

Allein dieser Satz, den ich hier mit Gruseln zitiert habe, führt uns dazu, zu urteilen: Das ist perfide, menschenverachtend, respektlos, würdelos, unchristlich. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sowa. – Nächster Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich meiner Vorrednerin anschließen. Zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion verweise ich auf die Behandlung im federführenden Fachausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Der mehrheitlichen Ablehnung dort gibt es aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Die AfD verfolgt einmal mehr rein populistische Ziele. Nicht nur leugnet sie grundsätzlich die Klimakrise. Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften. Die Antragsformulierung ist – das zeigt sich deutlich – Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und richtet sich gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik in unserem Land.

Ich muss Ihnen schon sagen: Es ist wirklich unerträglich und widerlich, wie die AfD hier versucht, ein Thema zu korrumpieren. Es ist ein erneuter Versuch, durch Stimmungsmache, verzerrte Fakten und Hetze Misstrauen zu säen und unsere Demokratie zu untergraben. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht nur noch billig. Wir lehnen ihn entschieden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir haben im zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr darüber diskutiert. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Unabhängig von den ekelhaften Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, ist inhaltlich so viel Schmarrn drin, dass man darüber gar nicht weiter reden muss. Ablehnung! – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen des Hauses sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:33 Uhr)